

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationszentrale

3003 Bern

Tel. 031 322 97 44

Fax 031 322 82 97

doc@pd.admin.ch

# Presseschau

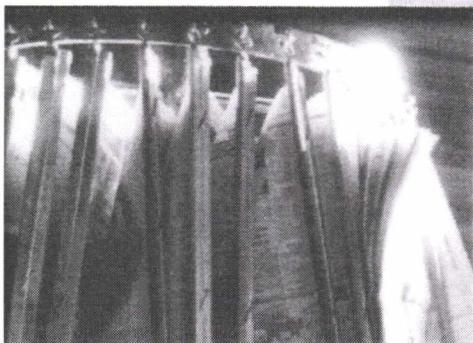
# Revue de Presse

# Rassegna stampa

**Volksinitiative**  
«Postdienst für alle»

**Initiative populaire**  
«Services postaux pour tous»

**Iniziativa popolare**  
«Servizi postali per tutti»



PS 910

Stand am:

Etat au:

Stato al:

05.08.2004

**Datum der Volksabstimmung**  
**26.09.2004**

**Date de la votation populaire**  
**26.09.2004**

Weitere Informationen:  
[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)  
unter Volksabstimmungen

Informations complémentaires :  
[www.parlement.ch](http://www.parlement.ch)  
sous votations populaires

**Verantwortlich für diese Ausgabe:**

Parlamentsdienste  
Dokumentationszentrale  
Kurt Zwimpfer  
Tel. 031 / 322 93 91

**Responsable de cette édition :**

Services du Parlement  
Centrale de documentation  
Kurt Zwimpfer  
Tél. 031 / 322 93 91

**Bezug durch:**

Parlamentsdienste  
Dokumentationszentrale  
3003 Bern  
Tel. 031 / 322 97 44  
Fax 031 / 322 82 97  
doc@pd.admin.ch

**S'obtient aux :**

Services du Parlement  
Centrale de documentation  
3003 Berne  
Tél. 031 / 322 97 44  
Fax 031 / 322 82 97  
doc@pd.admin.ch

Aargauer Zeitung, 23.06.2004

# «Reformen müssen weitergehen»

**Post-Chef Ulrich Gygi** sagt, warum die Initiative «Postdienste für alle» überflüssig ist

*Die Post hat ihr Ziel, die Zahl der Poststellen auf rund 2500 zu reduzieren, praktisch erreicht. Im Herbst kommt nun die Initiative «Postdienste für alle» vor das Volk. Post-Chef Ulrich Gygi will verhindern, dass sie angenommen wird. Sie sende ein falsches Signal aus, sagt er.*

GABRIELA WEISS, SIMON GEMPERLI

*Ulrich Gygi, Sie haben kürzlich den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mit den Gewerkschaften telquel unterschrieben, obwohl Sie betont haben, dass Sie mehr Flexibilität brauchten, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Haben Sie zu wenig hart verhandelt?*

**Ulrich Gygi:** Wir konnten uns nicht einigen auf Fortschritte im Vergleich zu heute. Die Positionen lagen zu weit auseinander, um frühzeitig ein tragfähiges und zufriedenstellendes Resultat zu erzielen. Wir haben von Gesetzes wegen eine Abschlusspflicht und wollten gegenüber unseren Angestellten wieder Klarheit schaffen. Das Problem ist aber damit nicht aus der Welt geschafft.

*Vorerst haben die Protestaktionen im Frühjahr gewirkt.*

**Gygi:** Natürlich haben wir etwas gegen Streiks. Die Postführung hat eine Verantwortung, dass der Postdienst funktioniert. In der Schweiz ist man es nicht gewohnt, dass Firmen wie die Post, die SBB oder die Swisscom streiken. Das ist eine gute Tradition. Und es ist ein Standortfaktor. Den wollen wir nicht aufs Spiel setzen.

*Wollten Sie nicht einfach Ruhe wahren im Vorfeld der Abstimmung über die Initiative «Postdienste für alle»?*

**Gygi:** Nein. Nebst unserer Einschätzung, dass der Zeitpunkt für Verhandlungen noch nicht gegeben war, lag es auch daran, dass wir sonst den GAV per 30.6. hätten künden müssen.

*Laut Umfragen sind 85 Prozent der Privatkunden zufrieden mit der Post. Wie erklären Sie sich die Initiative?*

**Gygi:** Eine Unterschrift für etwas, das sympatisch daherkommt, ist schnell gegeben. Würde man die Folgen für unse-

## «Die Initiative gibt ein falsches Signal»

re Zukunft analysieren, wäre die Bereitschaft zur Unterschrift geringer.

*Wie wird sich die Postführung im Abstimmungskampf engagieren?*

**Gygi:** Parlament und Bundesrat lehnen die Initiative ab, da sie mittlerweile überflüssig ist. Wir sehen das gleich. Die Gesetzgebung verpflichtet uns auf ein flächendeckendes Netz. Die Initiative gibt ein falsches Signal, dass sich nichts mehr verändern darf. Das würde die Post gegenüber den Wettbewerbern schwächen, die Reformen müssen weitergehen.

*Wird die Initiative angenommen, welche konkreten Auswirkungen hätte das?*

**Gygi:** Kurzfristig würde nicht viel passieren. Wir werden bis Ende Jahr etwas über 2500 Poststellen haben und erfüllen damit die gesetzlichen Auflagen. Wir haben immer noch das dichteste Poststellennetz. Wir müssen aber die Art und Form unserer Angebote den sich ändernden Kundenwünschen anpassen. Was im Initiativtext steht, steht heute schon in verschiedenen Rechtserrlassen, mit Ausnahme der Finanzierungsgrundlage.

*Eben. Wenn Sie gegen die Initiative sind, wehren Sie sich auch gegen eine Art staatliche Verlustgarantie. Andere Manager wären froh drum.*

**Gygi:** Das ist absurd. Mit dem Briefmonopol haben wir eine ausreichende Finanzierung. Ich brauche aber Handlungsspielraum, um einen modernen Service public zu erbringen.

*Ihre Partei, die SP, ist für die Initiative, Sie dagegen. Reden Sie miteinander?*

**Gygi:** Ich rede mit allen Parteien und höre mir deren Argumente an. Das heisst aber nicht, dass ich immer gleicher Meinung sein muss.

*Heute hat die Post 55 000 Angestellte: Wie viele sind es in 10 Jahren?*

**Gygi:** Das lässt sich auf so viele Jahre hinaus nicht beziffern. Aber der Stellenbestand wird wegen rückläufiger Brief- und Paketvolumen abnehmen. Die Post schafft aber an anderen Orten wieder Stellen, zum Beispiel bei Postfinance, in den Konzerngesellschaften, bei Yellowworld oder im Ausland.

*Das tönt so, als ob Sie im Saldo gleich viele Stellen schaffen, wie sie abbauen?*

**Gygi:** Das sicher nicht. In der Telekommunikationsbranche wird gesagt, dass in den letzten Jahren die Stellen eher zugenommen haben. Ob das im rückläufigen Postmarkt der Fall ist, bezweifle ich.

*Die Post betrachtet 7 Minuten Wartezeit als zumutbar. Können Sie diesen Standard heute einhalten?*

**Gygi:** Die Massnahmen zur Reduktion der Wartezeiten zeigen Wirkung. Wir sind dem Ziel schon sehr nahe, auch wenn es vereinzelt noch Probleme gibt.

*Im Gespräch war lange Zeit eine Kooperation mit der Kiosk AG, Migros und Coop. Was ist mit diesen Plänen?*

**Gygi:** Das sind nach wie vor Optionen im Projekt Ymago. Wir wollen ja die Zahl der Zugangspunkte zur Post nicht

mehr reduzieren, sondern modernere Formen prüfen. Denkbar ist zum Beispiel, eine traditionelle Poststelle in Läden zu betreiben, um von den längeren Öffnungszeiten zu profitieren.

*Was erwartet das Personal? Ein Pöstler ist kein Detaillist und umgekehrt.*

**Gygi:** Eine Kioskmitarbeiterin muss viel können. Sie ist vielseitig und zuverlässig. Auch ein Migros-Angestellter wäre in der Lage, ein Grundangebot der Post anzubieten. Es geht aber nicht darum, dass eine Agentur die ganze Palette anbieten muss. Wichtig ist uns jedoch, dass wir für unsere Basisdienstleistungen einfach erreichbar sind.

*Seit einem halben Jahr ist der Paketmarkt liberalisiert. Ihre Erfahrungen?*

**Gygi:** Konkurrenz gabs bereits vorher: wir haben schon vor der Liberalisierung Kunden verloren, aber auch wieder zurückgewonnen. Tatsache ist: Etwa 25 Prozent des Paketmarktes wird von den Wettbewerbern bestritten. Seit der

## «Wir gewinnen relativ viele Kunden wieder zurück»

Marktöffnung hat sich nicht viel verändert. Wir erwarten die richtige Offensive erst im Herbst.

*Bis jetzt läuft das Paketgeschäft gut?*

**Gygi:** Wir sind jedenfalls klar über Budget und haben wieder vermehrt Priority-Pakete, die für uns interessanter sind. Wir gewinnen zurzeit auch wieder relativ viele Kunden zurück.

*2003 schrieben Sie im Paketgeschäft weniger rote Zahlen als noch im Vorjahr. Werden Sie in diesem Jahr schwarz?*

**Gygi:** Wir werden ein klar positives Ergebnis schreiben. Die Paketpost muss aber auch keinen Beitrag mehr an die ungedeckten Kosten des Netzes zahlen. Wir haben die Kosten heute so im Griff, dass wir selbst bei rückläufigem Paketverkehr schwarz schreiben.

*Sie strukturieren die Post laufend um, verwandeln einzelne Bereiche in Aktiengesellschaften. Wenn Sie könnten, würden Sie am liebsten die ganze Post in eine AG umwandeln?*

**Gygi:** Es geht nicht um die Rechtsform AG. Wir wollen in den ganz unterschiedlichen Märkten wie Expresspost, Paketpost, Postauto, Sicherheitstransporten unsere gute Stellung halten. Das gelingt längerfristig nur, wenn wir die Arbeitsbedingungen näher an die Branchenbedingungen führen können, damit wir wettbewerbsfähig bleiben.

Le Temps, 15.07.2004

La Poste suisse annonce de jolis bénéfices, mais la réalité économique de l'entreprise est tout autre: ses fonds propres sont toujours négatifs et ses marges vont baisser dans un marché qui se libéralise et se transforme à toute vitesse

L'office postal n'est plus le centre de gravité d'une industrie qui doit s'adapter à une clientèle commerciale qui utilise massivement Internet et qui souhaite notamment un service plus personnalisé

# La Poste dans la course contre la montre pour survivre ou mourir au XXI<sup>e</sup> siècle

Pierre Veya

**A**vec l'énergie, le marché postal est sans aucun doute le secteur économique qui vit la révolution la plus rapide et la plus brutale de ce début de XXI<sup>e</sup> siècle. «Le drame, c'est que peu de monde le perçoit ainsi. On parle d'un monopole qui se meurt, d'offices postaux à sauver, du nombre de centres de tri postaux idéal. En réalité, il n'y a aucune stratégie d'avenir, ni même la conscience que l'entreprise est réellement en danger de vie ou de mort», résume froidement Christophe Genoud, spécialiste des entreprises de réseaux, chercheur à la London School of Economics, et l'un des rares spécialistes suisses de La Poste avec Mathias Finger, de l'École polytechnique fédérale de Lausanne. Une telle appréciation mérite que l'on s'y attarde un peu, afin de comprendre ce qui attend une entreprise publique plus que centenaire. Et si l'on se trompait fondamentalement sur la nature des problèmes que rencontre La Poste?

## Le problème est identifié depuis dix ans déjà

En fait, le dysfonctionnement économique de La Poste a commencé il y a plus de dix ans déjà. La Poste a été déficitaire très longtemps et ses pertes chroniques annuelles (quelque 800 millions de francs suisses au moment de la séparation avec les télécoms) étaient largement compensées par les juteux bénéfices provenant de son activité dans la téléphonie. C'est de cette époque que datent les premiers plans de restructuration, les premiers jalons de La Poste suisse à l'étranger et la valorisation du trafic des paiements (introduction de l'intérêt sur les comptes de chèques postaux). C'est l'époque du Valaisan Jean-Noël Rey\* qui tente, par petites touches successives, de modifier le modèle de La Poste. Puis viendront les premières libéralisations du marché (celui des colis), pour aboutir finalement à la dotation d'un capital social donnant à La Poste un début

d'autonomie. Quand Jean-Noël Rey est forcé de remettre son tablier, la mutation est engagée mais de loin pas terminée. Reto Braun fera un bref séjour mais échouera avec ses méthodes radicales. Il sera remplacé par Ulrich Gygi en 2000. Quatre ans plus tard, ce dernier a repris l'ouvrage avec une méthode plus douce mais le voici, lui aussi, sous le feu de la critique et menacé par une initiative socialiste qui figerait les réformes, alors même que La Poste a encore et toujours des coûts de production trop élevés et manque de flexibilité. «La Poste suisse a perdu beaucoup de temps et risque de le payer très cher», témoigne un ancien haut responsable du géant jaune. «Et, surtout, je crains que le pire ne soit à venir».

Sur le plan financier, La Poste est très fragile: elle perd toujours structurellement beaucoup d'argent dans son réseau, gagne des miettes (grâce aux subventions) dans les cars postaux, engrange quelques dizaines de millions à l'étranger dans des services de niche et vit de Postfinance, dont les revenus sont importants mais de moins en moins stables. Et, surtout, les bénéfices qu'elle réalise le sont grâce à une situation de monopole qui va voler en éclats.

## La fin du monopole est pour demain

En 2006, le monopole de La Poste sera abaissé à 100 grammes et sans doute à 50 grammes, voire à rien du tout en 2009 si les postes européennes suivent les leaders allemand, néerlandais, suédois... Dans les colis, La Poste suisse aura toutes les peines du monde à maintenir sa part de marché de 75% («totalement impossible», ironise l'un de ses concurrents); quant aux envois express, la lutte s'annonce inégale face aux géants DHL et autres Chronopost et UPS... La Poste se bat d'ores et déjà à contre-courant, alors même que les dépôts de lettres aux guichets ont baissé de 27% et de 32% pour les colis entre 2000 et 2003. En Allemagne et aux Pays-Bas, les postes ont réagi très tôt et tirent déjà près de

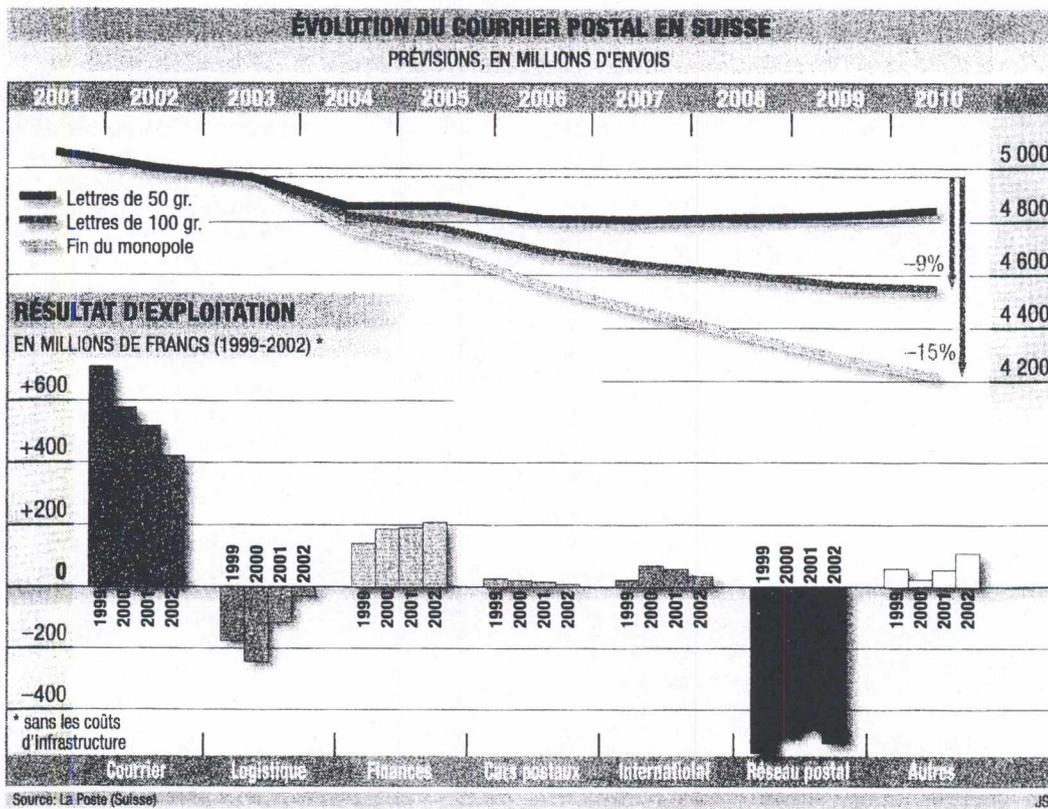
la moitié de leur chiffre d'affaires de l'étranger. La Poste suisse peut progresser mais, dans les faits, les places principales sont prises. En rachetant sous son nez le géant suisse Danzas, Deutsche Post lui a coupé la voie royale vers une expansion d'envergure. Une occasion en or... ratée par un certain Gerhard Fischer, ancien président de La Poste et dirigeant du concurrent Panalpina! C'était en 1998.

## Augmenter les volumes, baisser les coûts

Six ans plus tard, la concurrence étrangère se prépare à fondre sur ses rentes de situation. Elle fourbit déjà ses armes et connaît fort bien la structure de coûts de La Poste suisse, en particulier dans les envois commerciaux, qui représentent 80% de son chiffre d'affaires, dont les 500 principaux clients réalisent d'ores et déjà 47% du chiffre d'affaires. Non seulement La Poste risque de les perdre en masse mais Internet offre une alternative bon marché au courrier traditionnel. Grâce à la signature électronique, validée sur le plan légal depuis le 1<sup>er</sup> juillet, les volumes globaux d'envois vont baisser. Selon des estimations officielles, le volume du courrier postal va diminuer entre 10 et 20% dans les dix prochaines années et la réduction du courrier physique dans les envois entre entreprises pourrait dépasser les 75%! Cette évolution explique pourquoi les postes inventent de nouvelles manières de servir la clientèle (lire ci-dessous). Les plus importantes cherchent leur salut dans la logistique, les réseaux de fret aérien et le développement à l'étranger, tout en réduisant fortement leurs coûts fixes (réduction des offices postaux), et multiplient les partenariats (lire encadré) pour distribuer et collecter le courrier. Une véritable révolution dans une industrie très intensive en personnel et à faible valeur ajoutée. Un seul chiffre donne à réfléchir: le chiffre d'affaires par employé postal est bas (à peine

104 000 francs en Suisse, 114 000 en Allemagne, 55 000 en France); par comparaison il est de 230 000 francs à la Migros. Commentaire d'un expert: «Si jusqu'ici La Poste a annoncé la suppression de 3 000 à 3 500 postes d'ici quelques années, je crains qu'il ne s'agisse de beaucoup plus.» Des experts parlent de 6 000, voire 10 000 emplois en sursis sur un total de 43 000 si La Poste rate son virage. Le raisonnement est simple: alors que le chiffre d'affaires a tendance à stagner, les effectifs de La Poste, eux, restent stables depuis trop longtemps... ■

*\*Jean-Noël Rey fondera ensuite DPD et vient d'être nommé vice-président de cette filiale de La Poste française.*



# Déplacer l'épicentre du débat

**L'initiative «Services postaux pour tous» sera soumise au peuple en septembre. Il sera avant tout question de la densité du réseau des offices. Question en partie résolue par l'ordonnance sur la Poste. Mais des questions essentielles, comme celle de la régulation de la concurrence, risquent de rester dans l'ombre.**

**L**a campagne avant la votation sera émotionnelle. Le facteur qui apporte les bonnes et les mauvaises nouvelles prendra toute sa dimension sentimentale: il Postino. Politiquement se constituera sous la bannière du service public l'alliance des régions périphériques et des banlieues mal équipées. Le parti socialiste sera d'autant plus engagé qu'il doit se défendre de l'accusation de social-traitrise portée par l'extrême gauche en raison des responsabilités assumées par les camarades Leuenberger et Gygi.

A cette occasion, certains voudront revivre un remake de la Loi sur le marché électrique. Les ingrédients y seront, mais pas le contenu. Il ne s'agit pas d'un référendum défendant le statu quo, mais d'une initiative de portée très générale. Le marché postal est de surcroît en partie ouvert à la concurrence, celle des entreprises concessionnées et celle des autres moyens de communication comme Internet. Mais surtout une ordonnance sur la Poste, en vigueur depuis le 1<sup>er</sup> janvier, répond aux exigences de l'initiative (cf. encadrés).

## Le coût

L'initiative prévoit que les coûts occasionnés par un service décentralisé accessible à toute la population pourraient être assumés par la Confédération dans la mesure où ils ne sont pas couverts par les recettes de la Poste ou les redevances de concession. C'est une innovation importante. Déjà la

droite s'apprête à resservir ses slogans ressassés contre un nouvel impôt (postal).

Pourtant en deuxième position avant la Confédération, apparaissent comme contributeurs éventuels, les concessionnaires. Car pour tout ce qui n'est plus

soumis au monopole, le marché des services postaux n'est pas libéralisé mais concessionné. Or les concurrents concessionnés de la Poste s'intéressent d'abord aux gros clients. La Poste fait le 47% de son chiffre d'affaires avec cinq cents clients. Ce sont

ceux-là que la concurrence cherchera à débaucher en priorité, ne s'intéressant qu'aux «bons morceaux». Aussi l'ordonnance prévoit que si la Poste ne peut plus assumer le service universel sans

## Initiative

La Confédération garantit un service postal universel répondant aux besoins et aux attentes de la population et de l'économie.

La réalisation de cet objectif requiert un réseau d'office de poste qui couvre l'ensemble du pays.

La Confédération veille à ce que les communes soient associées aux décisions relatives au réseau des offices de poste.

## Ordonnance

Art.5 Accès aux prestations de service universel

La Poste garantit l'accès aux prestations de service universel. Elle tient compte des besoins de la population et de l'économie.

Art. 6 Réseau d'offices de poste

1. La Poste exploite un réseau d'offices couvrant l'ensemble du territoire et veille à ce que les prestations du service universel soient disponibles dans toutes les régions pour tous les groupes de la population à une distance raisonnable.
2. Les offices de poste offrent les prestations du service universel. La Poste peut, pour des raisons de sécurité en particulier, renoncer à offrir des services financiers.
3. Dans la limite de ses moyens économiques, la Poste adapte le réseau des offices de poste aux besoins de sa clientèle.

Art. 7 Transfert ou fermeture d'un office de poste

1. Avant de transférer ou de fermer un office de poste, la Poste consulte les autorités des communes concernées. Elle s'efforce de parvenir à un accord avec celles-ci.
2. Si aucun accord n'est trouvé, le département convoque une commission indépendante à laquelle il remet le dossier de la décision comprenant les avis émis par les autorités visées à l'al. 1; la commission évalue l'accès au service universel dans la région concernée et émet une recommandation.
3. La Poste statue définitivement; elle tient compte notamment du résultat de la consultation prévue à l'al. 1 et de la recommandation de la commission visée à l'al. 2.

*L'analyse comparée des textes ne se prête donc pas à des gloses substantielles, sous réserve de la définition de l'office de poste, qui peut être exploité aussi bien par le personnel de la Poste que par des tiers (art.1). Des précisions sur la portée de cette déprofessionnalisation éventuelle auraient dû répondre aux critiques qui soulignent l'ambiguïté du mot «office» dans tout le dispositif de l'ordonnance. Voilà pour les textes. Mais qu'en est-il sur le terrain? La réduction du réseau, telle qu'annoncée et mise en œuvre, ne semble pas outrancière en comparaison de celle d'autres secteurs, commerciaux ou publics et parapublics. Malgré d'insignes erreurs de communication, elle n'a guère soulevé d'émoi dans la campagne profonde. De toute façon, les communes disposent désormais avec l'ordonnance d'un outil de contestation dont on pourra tester toute l'efficacité.*

perte, une redevance pourra être exigée des concurrents concessionnés, à moins qu'ils ne prouvent qu'ils desservent l'ensemble du territoire et pratiquent des tarifs indépendants de la distance (art.33). La redevance, si elle est exigée, ne pourra dépasser 3% du chiffre d'affaires. Sera-ce suffisant pour couvrir le déficit de la Poste? Les initiants semblent ne pas le croire. Mais avant d'imaginer que la Confédération intervienne financièrement, n'aurait-il pas été plus réaliste de proposer que tout ce secteur (la Poste et les concessionnaires) se finance globalement?

### **Les conditions de la branche**

Le concessionnaire doit faire la preuve de ses compétences professionnelles et s'engager à respecter les conditions usuelles de la branche. Or on sait que la Poste - c'est la plus grave erreur d'appréciation de sa direction - a demandé pour le renouvellement de la convention collective que son personnel accepte des conditions salariales régionales qui, lorsqu'elles sont plus basses, favorisent trop ses concurrents. Le classique alignement sur le bas! Or l'autorité politique, en tant qu'autorité concessionnante, a en main les moyens d'imposer, comme conditions usuelles de la branche (de la branche et non pas de la région), celles du principal acteur, soit la Poste. Pourquoi ne le fait-elle pas?

### **L'épicentre**

L'aménagement territorial du réseau postal ne sera pas la question essentielle posée par l'initiative. En gros, l'ordon-

nance donne satisfaction. En revanche, tout le problème de la concurrence concessionnée reste ouvert. Cette concurrence devrait être organisée et régulée de telle manière que le service universel soit assuré sans recourir à des contributions publiques, et qu'il ne puisse y avoir de sous-enchère salariale. Pour que l'initiative marque une avancée de l'économie de service public régulée, il faut que toute la problématique de la «concession» soit mise au cœur du débat. *ag*

## Wie viele Poststellen braucht die Schweiz?

### *Die Initiative «Postdienste für alle» will das Netz sichern*

Ein flächendeckendes Poststellennetz auch in den Randregionen, ein garantiertes Anhörungsrecht für Gemeinden und als Defizitgarantie eine Subventionspflicht des Bundes für die postalische Grundversorgung: Diese Postulate will die Post-Initiative in der Verfassung festschreiben, um den Service-public-Auftrag an die Post sicherzustellen.

*hag.* Als die Schweizer Post noch PTT hiess und sich im gemeinsamen Monopol-Haushalt mit der rentablen Telefonie aushalten liess, konnte sie sich den Luxus von über 4000 voll ausgestatteten Poststellen leisten und verfügte damit über eines der weltweit dichtesten Servicenetze. Als sie die Politik dann 1998 unter dem Druck der europaweit breit einsetzenden Entmonopolisierung von Service-public-Bereichen vom Telecom-Goldesel trennte und sie in die unternehmerische Selbständigkeit entliess, blieb die Post – im Gegensatz zur Telecom und späteren Swisscom AG – als Bundesanstalt weiterhin stark unter der Obhut von Bundesrat und Parlament.

#### Ein unternehmerischer Spagat

Die Handschrift dieser politisch vorsichtig umgesetzten Marktöffnung trug auch der gesetzliche Leistungsauftrag ihrer Eigner: Die Post hat ihren Universaldienst bei Briefen, Paketen und im Zahlungsverkehr flächendeckend zu angemessenen Preisen anzubieten und muss dabei Eigenwirtschaftlichkeit erreichen. Dies im Konkurrenzumfeld der nicht geschützten Angebote, über welche die Post neben den Erträgen aus dem Monopolbereich ihren Grundversorgungsauftrag weitgehend finanziert. Dieser unternehmerisch heikle Spagat ist unterdessen noch anspruchsvoller geworden. Gründe dafür sind die europaweit resolut vorangetriebene Öffnung der Postmärkte, die daraus resultierenden Marktanteilsverluste der staatsnahen Post und eine Erosion im postalischen Kerngeschäft durch die Konkurrenz der elektronischen Kommunikationsmittel. Auch das Monopol bröckelt: Schon heute steht der Paketsektor im Wettbewerb, das Briefmonopol soll 2006 auf 100 Gramm gesenkt werden – 50 Gramm höher als in der EU.

In diesem ungemütlichen Geschäftsumfeld lief der Post besonders ihr kostspieliges Poststellennetz finanziell zunehmend aus dem Ruder. Als es in der Rechnung 2000 mit einem Minus von gegen 600 Millionen Franken zu Buche schlug, zog der neue Postdirektor Ulrich Gygi im Januar 2001 die Notbremse: Bis 2006 sollten die damals über 3400 Poststellen auf rund 2600 reduziert und dabei zahlreiche Postbüros vorab in ländlichen Regionen durch einen Haus-Service, gemischtwirtschaftlich organisierte Agenturen oder Postfilialen mit reduziertem Angebot ersetzt werden. Die Umstrukturierung sollte jährliche Einsparungen von rund 100 Millionen Franken bringen, bedeutete aber auch den Abbau von über 500 Vollstellen. Gygi trieb den Reformprozess trotz massiven Protesten von Gewerkschaften und Postkunden zügig voran. Ende 2003 gab es landesweit nur noch 2722 Poststellen, das Netz aber blieb eine teure Hypothek, die sich nur knapp über den Universaldienst finanzieren liess. Zwar konnte der Konzern letztes Jahr mit 366 Millionen Franken einen Rekordgewinn erwirtschaften, der Betrieb der Poststellen aber generierte weiterhin einen Fehlbetrag von 500 Millionen.

#### Steuergeld als Rückversicherung

Dieses verschärfte Geschäftsumfeld der Post anerkannten zwar auch die Gewerkschaften, doch waren sie nicht bereit, die Reformen kampflos hinzunehmen, zumal auch die Zahl der Briefzentren wegen des sinkenden Volumens deutlich zurückgefahren werden sollte. Vor allem die gefährdeten Arbeitsplätze in den Randregionen und der Unmut einer Postkundschaft, die sich nur allzu gern an die grosszügige Infrastruktur eines staatlichen Monopolbetriebes gewöhnt hatte, generierten genug Protestpotenzial für eine direktdemokratische Offensive: Zusammen mit der Stiftung für Konsumentenschutz und Teilen der SP lancierten die Gewerkschaften im Sommer 2001 die Volksinitiative «Postdienste für alle» und schickten sie im April 2002 mit 107 000 Unterschriften erfolgreich in die politische Pipeline.

Das Begehren will den Artikel 92 der Bundesverfassung mit einem vom Bund finanzierten Infrastrukturauftrag für die Post ergänzen und so die Grundversorgung über ein flächendeckendes Poststellennetz garantieren, das quantitativ etwa dem Stand von 2002 entspricht. Deshalb soll es auch ein verbrieftes Anhörungsrecht der Gemeinden beim Umbau der Poststellen geben. Ordnungspolitisch besonders brisant aber ist die dritte Forderung der Initianten, wonach der Bund allfällige Defizite der Post bei der Erbringung der Grundversorgung durch Subventionen – sprich: durch Steuergelder – ausgleichen soll. Die Initianten sehen darin ein Schutzschild gegen zu radikale Privatisierungspläne bei der Post und sprechen von einer «Defizitgarantie des Bundes in Form einer Rückversicherung». Zudem betonen sie, dass zuerst alternative Zuschüsse – etwa durch betriebswirtschaftliche Anpassungen bei der Post oder durch Konzessionsgebühren privater Anbieter – fliessen sollen, bevor der Bund zahlt.

#### Wirtschaftsförderung über Poststellen

Bundesrat und Parlament reagierten auf das Volksbegehren mit einer Revision des Postgesetzes von 1998 und einer neuen Postverordnung, die seit Anfang 2004 in Kraft ist. Darin wird die Post erneut zum Unterhalt eines flächendeckenden Netzes bei der Grundversorgung verpflichtet. Konkret soll die nächste Poststelle mit öffentlichen Verkehrsmitteln in 20 Minuten erreichbar sein, wobei auch Agenturen oder Filialen als Poststellen zählen, um der Post mehr unternehmerischen Spielraum bei der Erbringung des Serviceauftrags zu gewähren. Auch das Anhörungsrecht der Gemeinden wurde in die neue Verordnung aufgenommen und eine unabhängige Schlichtungskommission geschaffen, die von den Gemeinden im Streitfall angerufen werden kann. Mit diesem indirekten Gegenvorschlag ist nach Überzeugung eines Grossteils beider Räte, der Landesregierung, der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft die Kernforderung der Initianten erfüllt und damit auch der Service-public-Auftrag für die Postkunden sichergestellt.

Die Initianten sehen dies aber anders, weshalb sie ihr Begehren auch nicht zurückzogen. In ihrem Argumentarium ([www.postfueralle.ch](http://www.postfueralle.ch)) – es eröffnet mit einem kritischen Textausschnitt aus «Globi bei der Post», in dem aber pikanterweise die Post-freundliche Pointe weggelassen wurde – betonen sie, besonders die zahlreichen weit verstreuten kleineren und mittleren Betriebe seien auf ein dichtes Poststellennetz auch in den Rand- und Berggebieten angewiesen. Der Unterhalt eines dichten Netzes sei daher ein wichtiger regionalpolitischer Beitrag zur Wirtschaftsförderung. Ferner warnen sie vor einer postalischen Zweiklassengesellschaft: Der Trend zur privaten Versorgung mit Postdienstleistungen möge in grösseren Städten rentieren, nicht aber in Agglomerationen oder Bergdörfern. Aus ihrer Sicht ist der Service-public-Auftrag der Post ebenso wichtig wie jener in Bereichen wie Bildung, öffentlicher Verkehr, Energie, Wasser, Telekommunikation oder Gesundheitsversorgung. Auch appellieren sie an die Verantwortung der Post als zweitgrösste Arbeitgeberin des Landes und fordern den Erhalt von regionalen Arbeitsplätzen. Man wolle zwar keine Strukturhaltung betreiben, lautet das Fazit im Pro-Argumentarium, doch sei die Post ein wichtiger Teil der Heimat und ein wertvolles Bindeglied zwischen den Kulturregionen; deshalb müsse ihre Infrastruktur möglichst dicht bleiben.

#### ***Die Initiative im Wortlaut***

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird bei Art. 92 Abs. 3 und 4 wie folgt geändert:

<sup>3</sup> Der Bund garantiert eine Grundversorgung mit Postdiensten, welche den Bedürfnissen und Erwartungen der Bevölkerung und der Wirtschaft entspricht. Diesem Zweck dient ein flächendeckendes Poststellennetz. Der Bund sorgt dafür, dass die Gemeinden in die Entscheide betreffend das Poststellennetz einbezogen werden.

<sup>4</sup> Die Kosten für die Grundversorgung mit Postdiensten, welche weder durch die Einnahmen aus den reservierten Diensten noch durch Konzessionsgebühren gedeckt sind, werden vom Bund getragen.

Le Temps, 18.06.2004

**VOTATION DU 26 SEPTEMBRE** • Le projet des syndicats pourrait bloquer toute réforme des services publics. Pourtant, une opposition consistante ne parvient pas à s'organiser. Les partis s'en rejettent mutuellement la responsabilité et Economiesuisse détourne les yeux

# La campagne contre l'initiative postale des syndicats menace de partir à vau-l'eau

Stéphane Zindel, Berne

L'initiative populaire des syndicats «Services postaux pour tous», sur laquelle on votera en septembre, ennuie sérieusement la droite. La mise en place d'un dispositif efficace pour contrer ce texte qui veut rendre le réseau des bureaux de poste intangible, s'avère laborieuse.

Les partis gouvernementaux bourgeois ont tous refusé d'assumer la responsabilité de la campagne. Ils se réfugient derrière l'intensité de leur engagement sur d'autres fronts (assurance maternité et naturalisations facilitées). Mais ce peu d'enthousiasme s'explique aussi par la nature même de la votation. Combattre une initiative qui joue sur l'attachement de la population à la poste et prétend défendre le service public et les régions périphériques n'est pas très populaire, même à droite.

On se souvient ainsi que la base UDC avait rejeté massivement l'ouverture du marché de l'électricité en votation en 2002. Mais le texte embarrasse aussi le PDC, dont on ne peut exclure qu'il finisse par virer dans le camp des partisans de l'initiative. Prévu le 28 août, le débat interne aura finalement lieu à huis clos. Car, contrairement à ce qui était initialement prévu, ce n'est pas l'assemblée des délégués mais le comité du PDC – qui comprend une septantaine de personnes – qui fixera le mot d'ordre.

Par défaut, le leadership de la campagne a ainsi été confié au microscopique Parti libéral suisse. Cela était déjà le cas en 2003 avec l'initiative «Droits égaux pour les handicapés». Ce texte avait toutefois une portée politique plus limitée et les partis gouvernementaux étaient alors objectivement débordés (il y avait six autres objets au menu).

## Votation «test»

Autres différences de taille: il ne faudra compter cette fois-ci sur l'engagement résolu dans la campagne du conseiller fédéral en charge du dossier, ni sur l'appui financier des milieux économiques. Sous haute surveillance de la gauche, le socialiste Moritz Leuenberger, ministre de tutelle de La Poste, paraît condamné à assurer le service minimum. Quant aux milieux économiques, ils n'envisagent pas à ce stade de mettre d'argent à disposition. Et ce alors même que la gauche semble, elle, disposer pour une fois d'un trésor de guerre appréciable – on parle d'un million.

Economiesuisse explique sa retenue par le fait que l'initiative ne touche pas directement les intérêts des milieux économiques. Mais à Berne, on suppose d'autres motifs: l'organisation ne prendrait pas complètement au sérieux les chances de l'initiative, qui devra

passer un double obstacle: la majorité du peuple et celle des cantons. «C'est autre chose que d'obtenir un non simple en référendum», souligne Urs Rellstab, responsable des campagnes d'Economiesuisse.

On suppose aussi que cette réserve est liée à la débâcle subie lors des votations du 16 mai. En particulier sur le paquet fiscal, autre objet «ne touchant pas directement les intérêts des milieux économiques» sur lequel Economiesuisse avait mené une campagne massive. «Si l'on avait voté sur l'initiative postale avant le paquet fiscal, l'économie aurait certainement mené une grosse campagne», estime-t-on dans l'entourage d'un conseiller fédéral.

C'est que «cette votation a une valeur de test», admet Peter Hasler, le directeur de l'Union patronale suisse. «Faire des réformes, qui n'est déjà pas facile depuis quelques mois, le deviendrait encore un peu moins», précise Guido Schommer, secrétaire général du PRD. Son homologue au PDC, Reto Nause, estime, lui, qu'«un oui bloquerait sans doute les réformes dans l'ensemble des domaines touchant au service public», alors même que la Suisse «a dix ans de retard».

Tout dépendra de la nature de la campagne qui sera menée. Formulée de manière peu précise, l'initiative laisse une large place à l'interprétation. En tant que telle, «elle ne changerait pas grand-chose. L'obligation pour La Poste d'être présente sur l'ensemble du territoire est déjà concrétisée. Et la question de subventions pour La Poste, que l'initiative prévoit à titre préventif, se poserait de toute façon si la desserte de base devait ne plus être garantie», estime Hugo Schiittenhelm, chef de l'information de Moritz Leuenberger.

Mais on peut aussi voir les choses à un niveau beaucoup plus fondamental. Simon Epiney (PDC/VS), qui est favorable à l'initiative, estime que le contenu précis du texte importe moins que le signal qui serait donné en cas de oui. «Tout le monde» n'aurait pas encore compris le message du 16 mai. Il s'agirait donc de décourager définitivement toute velléité de s'attaquer aux services publics dans les régions périphériques (Poste, électricité, télécoms, eau, etc.). Simon Epiney compte s'engager activement dans la campagne. Si possible dans le cadre d'un comité bourgeois en faveur de l'initiative pour la constitution duquel des tractations sont en cours. ■

## Post streicht Leistungen – und erhöht Gebühren

**Basel.** Mühsames Schlangestehen in Poststellen, in denen die Hälfte der Schalter geschlossen ist, einen Express-Brief abschicken für knapp 20 Franken, oder gar die Schliessung der Quartier-Post miterleben – das sind Erfahrungen, über die sich Postkunden in den letzten Jahren immer wieder beklagten. Leistungsabbau und höhere Gebühren, das sind die Folgen einer Sparpolitik, die die Post in den letzten Jahren durchführte.

### 2005 noch 2500 Poststellen

1998 machte die Post den Schritt in die Selbstständigkeit. Seither muss sich das Unternehmen, das noch immer im Besitz des Bundes ist, auf dem freien Markt behaupten. Rund 500 Millionen Franken müssen jedes Jahr eingesetzt werden, um das stark defizitäre Poststellennetz zu erhalten. Zu dem Zweck wurden im letzten Jahr 460 Millionen Franken aus dem Briefverkehr und der Paketpost herangezogen. Zudem wird das Poststellennetz seit 2001 reduziert. Von den damals 3390 Postämtern sind heute noch 2665 übrig. Ende 2005 sollen es noch 2500 sein. Damit will die Post 100 Millionen Franken pro Jahr sparen.

Die Poststellen werden entweder ganz geschlossen oder sie werden durch mobile Postämter ersetzt, ein Postmobil zum Beispiel, oder aber durch einen Hausservice, wo der Postbote auf Wunsch zugleich die Postgeschäfte erledigt. Mancherorts werden die Öffnungszeiten auf ein Minimum reduziert, oder die Poststelle wird mit dem Dorf-laden oder dem Bahnschalter zusammengelegt.

### Über 100 Prozent Aufschlag

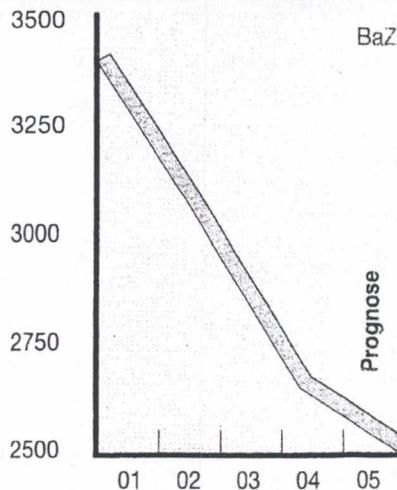
Die Post baut nicht nur ihre Leistungen ab. Sie bittet ihre Kunden auch verstärkt zur Kasse. Kostete 1994 ein Brief per A-Post noch 80 Rappen, legt man heute einen Franken hin, was einen Aufschlag von 25 Prozent bedeutet. Wer weniger bezahlen möchte, hält sich an die B-Post. Aber auch dort schlugen die Preise im Vergleich zu 1994 beachtlich auf: Um gute 40 Prozent, von 60 auf 85 Rappen bei den Briefen bis zu 100 Gramm.

Und wenn die Sendung schnell gehen oder ganz sicher ankommen muss, hat sich der Aufschlag sogar mehr als verdoppelt. Ein «Blitz»-Expressbrief kostet heute 19.50 Franken – vor zehn Jahren kostete er noch 8.80 Franken. Ein Einschreiben, für das die Post 1994 vier Franken verlangte, kostet aktuell doppelt so viel.

### «Auf dem richtigen Kurs»

«Wir sind auf dem richtigen Kurs», sagte Post-Sprecher Richard Pfister gestern zu den Sparmassnahmen bei den Poststellen, «die Einsparungen werden jedoch zum Teil wieder durch die abnehmende Anzahl Postgeschäfte kompensiert.» Tatsächlich: In den drei Jahren von 2000 bis 2003 nahm die Zahl der getätigten Einzahlungen an Postschaltern um fünf Prozent ab. Im gleichen Zeitraum wurden 27 Prozent weniger Briefe und 32 Prozent weniger Pakete aufgegeben. *Julia Konstantinidis*

### Zahl der Poststellen



**Abstieg.** Die Zahl der Poststellen hat stark abgenommen, wird bis ins Jahr 2005 weiter abnehmen. *Grafik BaZ*

# Wie viel Heimatschutz für die Post?

Am 26. September wird über die Initiative «Postdienste für alle» abgestimmt

*Weil die Post «ein Stück Heimat» sei, verlangen die Urheber der Initiative «Postdienste für alle» ein flächendeckendes Poststellennetz, ein Mitbestimmungsrecht für Gemeinden und eine Defizitgarantie des Bundes. Die Gegner sehen diese Forderungen bereits erfüllt und warnen vor einem finanziellen Abenteuer.*

MICHAEL MÜLLER

Unter dem Titel PTT leistete sich die Schweiz während Jahrzehnten ein Netz mit rund 4000 voll ausgestatteten Poststellen. Quersubventioniert wurden diese Dienstleistungen vor allem aus den Gewinnen des hochrentablen Telefongeschäfts. Doch 1998 wurde die PTT in die Swisscom und die Post aufgeteilt, und die einseitige Beziehung war damit zu Ende.

Vor allem das Poststellennetz machte der Post fortan grosse Sorgen. Drei Viertel der Postbüros waren ein Verlustgeschäft. Allein mit dem Poststellennetz machte die Post im Jahr 2000 einen Verlust von 500 Millionen Franken.

Sukzessive verschärft wurde die Situation durch die sich laufend verändernden Gewohnheiten und Bedürfnisse der Konsumenten. E-Mail, Internet und E-Banking liessen die Bedeutung der physisch vorhandenen Poststellen zugunsten der virtuellen sinken. In den drei Jahren zwischen 2000 und 2003 wurden in den Poststellen 27 Prozent weniger Briefe und 32 Prozent weniger Pakete aufgegeben. Die Einzahlungen gingen um 5 Prozent zurück. Gleichzeitig wird die Konkurrenz zur Post immer stärker: Unternehmen aus den Nachbarländern sowie private Kurierdienste drängen auf den Markt. Dem wachsenden Entmonopolisierungsdruck konnte sich die Schweiz nicht länger entziehen: Seit dem 1. Januar 2004 ist die Paketpost liberalisiert. Am 1. Januar 2006 fällt die Monopolgrenze für Briefe von 1000 auf 100 Gramm. Die EU hat ihre Monopolgrenzen für Briefe bereits gesenkt: am 1. Januar

2003 von 350 auf 100 Gramm. Ab 2006 soll sie 50 Gramm betragen.

## Gygis Notbremse

Im Jahr 2001 zog Postchef Ulrich Gygi die Notbremse: Bis im Jahr 2004, so ordnete er an, sollte die Zahl der Poststellen auf 2600 reduziert werden. Die Vorgaben von Sozialdemokrat Gygi wurden umgesetzt: Ende letzten Mai gab es in der Schweiz noch 2665 Poststellen. Viele Büros – vor allem in ländlichen Regionen – wurden entweder durch den Hausservice, durch eine von Privaten geführte Agentur oder durch eine Filiale mit eingeschränkten Öffnungszeiten ersetzt.

Obschon sie den härter werden den Wettbewerb und die neuen Bedürfnisse der Kundschaft anerkannten, wollten Gewerkschaften und die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) den Umbau des Poststellennetzes nicht kampflos hinnehmen. Im April 2002 reichten sie mit über 106 000 Unterschriften die eidgenössische Volksinitiative «Postdienste für alle» ein.

Das Begehren verlangt, dass der Bund – und nicht etwa die Post selber – eine Grundversorgung mit Postdiensten garantiert, welche den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft entspricht. Zu diesem Zweck soll ein flächendeckendes Poststellennetz unterhalten werden. Bei der Ausgestaltung ihres Netzes soll die Post gemäss dem Willen der Initianten nicht frei entscheiden können, sondern die betroffenen Gemeinden mitbestimmen lassen.

Brisant ist das dritte Element der Initiative: Dabei handelt es sich quasi um eine «Defizitgarantie» des Bundes für den Fall, dass die Post wegen des überdimensionierten Poststellennetzes die Grundversorgung nicht Gewinn bringend leisten kann. Die Schweiz brauche eine Post, die unabhängig von Modeströmungen der Wirtschaftspolitik die flächendeckende Grundversorgung garantiere, schreiben die Initianten. «Das geht nur, wenn der Staat sich mittels einer Finanzgarantie klar und deutlich zur Grundversorgung bekennt.»

## Vieles ist erfüllt

Der Bund reagierte auf die Poststellen-Initiative mit der Revision des Postgesetzes und einer neuen Postverordnung, die Anfang dieses Jahres in Kraft getreten sind. Beide Erlasse übernehmen zusammen die meisten Forderungen der Initiative. Zentrales Element ist die explizite Garantie eines flächendeckenden Poststellennetzes. Die Post wird verpflichtet, landesweit ein Netz zu betreiben, so dass ihre Dienstleistungen in allen Regionen für alle Bevölkerungsgruppen in angemessener Distanz erhältlich sind.

Als «Region» werden die 150 Raumplanungsregionen verstanden. Als «angemessene Distanz» gilt die Erreichbarkeit zu Fuss oder mit dem öffentlichen Verkehr in höchstens 20 Minuten. Nach Angaben der Post erfüllt das aktuelle Poststellennetz – inklusive Agenturen und Filialen – diese Kriterien bereits für 90 Prozent der Bevölkerung.

Ebenfalls in die neue Verordnung aufgenommen wurde ein gewisses Anhörungsrecht der betroffenen Gemeinden. Dieses geht aber weniger weit, als die Initianten fordern, und es wird klar festgehalten, dass es am Ende die Post ist, die den Entscheid fällt.

Nicht in der Verordnung enthalten und damit wichtigste Differenz zur Initiative ist die Forderung nach einer «Defizitgarantie». Angesichts der schlechten Finanzlage sei eine solche Zusicherung nicht zu verantworten, schreibt der Bundesrat. Neue Subventionen müssten in anderen Bereichen wie Bildung, Soziales oder öffentlicher Verkehr kompensiert werden.

Trotz der grossen Übereinstimmung zwischen Initiative und Verordnung bzw. Gesetz haben Gewerkschaften und Konsumentenschützer die Poststellen-Initiative nicht zurückgezogen. Sie sehen weiterhin die Existenz des Poststellennetzes gefährdet und sehen sich vor allem als Interessenvertreter der Rand- und Berggebiete sowie der älteren und behinderten Menschen. In diesem Sinn sei ein dichtes Poststellennetz ein wichtiger Beitrag an die Regionalpolitik und den nationalen Zusammenhalt.

### Post «wie die Milch»

Die Initiative hat für deren Urheber letztlich viel mit Vaterlandsliebe und nationaler Identifikation zu tun: «Die Post ist ein wichtiger Teil unserer Heimat», heisst es im Propagandamaterial. Andreas Keller, Berner Regionalsekretär der Gewerkschaft Kommunikation, verstieg sich sogar zur Behauptung: «Die Post gehört zur Schweiz wie die Milch.»

### DAS WILL DIE INITIATIVE «POSTDIENSTE FÜR ALLE»

Seit 1998 ist die Post ein **selbständiges Unternehmen**, das sich den Bedürfnissen der Kundschaft anpassen und dem Konkurrenzkampf im liberalisierten europäischen Markt stellen muss. In den letzten drei Jahren ist das defizitäre Poststellennetz darum auf rund 2600 Büros reduziert worden.

Die eidgenössische Volksinitiative «**Postdienste für alle**», über die

am 26. September abgestimmt wird, verlangt, dass der Abbau des Poststellennetzes gestoppt werden muss. Sie fordert, der Bund müsse mit Hilfe eines «flächendeckenden Poststellennetzes» eine **Grundversorgung** mit Postdiensten garantieren, die den Bedürfnissen von Bevölkerung und Wirtschaft entspricht.

Bei der Ausgestaltung des Post-

stellennetzes sollen die **betroffenen Gemeinden** einbezogen werden. Soll ein Postbüro umgestaltet oder gar geschlossen werden, muss die Gemeinde mitbestimmen können.

Kann die Post die Grundversorgung mit Hilfe dieses Netzes nicht kostendeckend unterhalten und reichen dazu auch die Einnahmen aus den reservierten Diensten und den

Konzessionen nicht, dann soll der Bund das **Defizit bei der Grundversorgung** übernehmen. Hinter der Initiative stehen als **treibende Kräfte** die Gewerkschaft Kommunikation und der Gewerkschaftsbund sowie die Stiftung für Konsumentenschutz zusammen mit ihren Schwesterorganisationen aus der französischen und italienischen Schweiz. (mmü)

L'Agéfi, 27.07.2004

# La Poste joue son avenir face aux tentatives de l'immobiliser

*L'initiative «Services postaux pour tous» des syndicats retarde l'amélioration prévue de l'accès pour les consommateurs.*

**PIERRE BESSARD**

Quel avenir pour la Poste suisse? La controverse des centres de tri postal à peine désamorcée par de nouvelles concessions aux syndicats que ces derniers reviennent à la charge sur le réseau d'offices postaux. Le 26 septembre, les citoyens se prononceront en effet sur l'initiative «Services postaux pour tous», soutenue par la gauche, la droite des régions périphériques et le PRD genevois.

## La Poste se diversifie pour occuper le personnel

Face au progrès technologique, à l'évolution des comportements de la clientèle et aux pressions concurrentielles, la Poste se voit confrontée à de plus en plus de défis. D'ici à 2010, les activités de base de la Poste devraient diminuer de 15% à 20%, selon les estimations de l'entreprise: l'an dernier, le volume de courrier transporté a diminué pour la première fois.

En parallèle, la baisse déjà enregistrée, sur les quatre dernières années, de l'usage des guichets postaux est particulièrement frappante: entre 2000 et 2003, elle se monte à 27% pour l'envoi de lettres, de 32% pour les colis et même de 5% pour le trafic des paiements. Pour répondre à cette tendance qui va encore s'accélérer à l'avenir, la Poste diminue le nombre de ses offices de 3400 à 2500, plancher qu'elle promet de maintenir pour rester l'un des réseaux les plus denses d'Europe. Depuis le début de l'année, une instance de recours permet toutefois aux politiciens locaux de contester une décision et d'émettre une recommandation à l'entreprise. Or pour pouvoir maintenir le personnel, la Poste diversifie également son offre de produits de tiers en vente aux guichets – un domaine qui représente déjà un chiffre d'affaires de

320 millions de francs, dont 20 millions de revenus nets.

La Poste ne s'arrête pas là. L'entreprise offre de plus en plus de services de logistique, un développement facilité par l'acquisition des transporteurs Setz et BTL. Aujourd'hui Express Post, Swiss Post Net et Parcel Logistics concurrencent les services de courrier express et de livraison de «n'importe quoi, n'importe où». La Poste distribue également les produits commandés en ligne chez Le Shop, un service de livraison à domicile de Migros.

La concurrence, pourtant, ne manque pas. Depuis le 1<sup>er</sup> janvier,

le secteur des colis a été complètement libéralisé. Entre-temps, les firmes étrangères, à l'instar de Deutsche Post, se sont déjà positionnées avec succès sur les marchés internationaux, y compris en Suisse, alors que la Poste suisse reste avant tout un nain actif dans son propre jardin national. En 2006, le monopole sur les lettres passera en outre de 1000 à 100 grammes.

## L'envoi d'une lettre coûte 70% de plus

Malgré l'adaptation encourue jusqu'ici, qui inclut la suppression de 600 postes de travail, les consommateurs paient de plus en plus cher la densité du réseau postal suisse. Les tarifs augmentent constamment: depuis 1992, le prix d'une lettre en courrier B a augmenté de 70%, contre un renchérissement moyen de seulement 25%. Et l'envoi d'un colis coûte le double d'il y a douze ans. La Suisse, là aussi, détient le record des prix élevés, mais selon la dernière enquête indépendante de Demoscope, l'écrasante majorité des usagers se disent très satisfaits du service. Cette satisfaction se paie au prix fort.

La Poste aura perdu un temps précieux pour la rationalisation de ses structures, notamment par des collaborations avec d'autres réseaux de détaillants, tels que Kiosk, une filiale de Valora. D'autres options, à l'instar d'automates accessibles 24 heures sur 24, sont également envisageables. En raison de l'initiative syndicale, des projets dans ce sens ont été interrompus. Et le retard ne se rattrape pas: pendant qu'Ulrich Gygi, directeur socialiste de la Poste suisse, se démène avec son parti, le conseiller fédéral Moritz Leuenberger (socialiste, lui aussi) et les syndicats, les consommateurs allemands font leurs opérations postales à la boulangerie.

→ [p.bessard@agefi.com]

## Postfinance: un atout controversé

Parmi ses autres tentatives de diversification, la Poste suisse mise sur le développement de Postfinance. A moyen terme, l'entreprise souhaite même obtenir une licence bancaire, une perspective qui déplaît fortement aux banques, qui craignent une concurrence déloyale. La Poste promet, le cas échéant, de faire de Postfinance une filiale complètement séparée, avec un statut juridique propre. Quoi qu'il en soit, son directeur, Jürg Bucher, ambi-

tionne d'en faire l'un des cinq acteurs les plus importants du retail banking. Avec 2,7 millions de comptes et 33 milliards de francs en dépôt, sans compter un volume de fonds de placement de 1,3 milliard et des prêts de 900 millions, notamment grâce à un partenariat avec UBS, Postfinance s'affirme déjà parmi les prestataires financiers de poids. Ses services de paiement et de gestion de compte en ligne, Yellownet, attirent un demi million de clients.

En 2003, cette filiale de la Poste a réalisé un bénéfice d'exploitation de 243 millions de francs sur des capitaux propres virtuels d'un milliard. Le secteur lucratif des services financiers représente dans tous les cas une stratégie d'avenir pour Ulrich Gygi, patron de la Poste. Cette année, Postfinance augmente ses effectifs de 100 personnes. Une stratégie pour combler les capitaux propres négatifs de 411 millions de francs de la Poste? - (PB)

## 3 questions à François Tissot-Daguette

→ Porte-parole de la Poste suisse

→ **Comment la Poste voit-elle l'initiative «Services postaux pour tous»?**

L'initiative est superflue. Elle définit au niveau constitutionnel le réseau que doit fournir la Poste, bien que le service aux régions périphériques soit déjà garanti aujourd'hui au niveau légal et des ordonnances. La Constitution n'est pas le bon endroit: ce cadre restrictif gênera l'adaptation indispensable des structures futures. De plus, l'initiative prévoit des subventions fédérales pour financer au besoin les coûts non couverts du service universel. Cela n'est pas nécessaire dans la mesure où la Poste estime être en mesure de les financer dans la situation actuelle.

→ **Pourquoi le réseau ne répond-il plus aux attentes?**

D'abord, l'évolution technologique fait que le message électronique se substitue au message physique. L'an dernier, pour la première fois de l'histoire de la Poste, le volume de courrier adressé a diminué. Les habitudes des clients évoluent en parallèle: la baisse importante de l'utilisation des guichets, aussi bien pour les lettres que les colis ou les paiements, le montre sans équivoque. Il s'agit également de s'adapter à l'augmentation de la mobilité et aux besoins des pendulaires ou des couples où les deux partenaires travaillent.

→ **L'avenir passe-t-il par une nouvelle diminution du nombre de guichets?**

La réorganisation qui s'achève débouchera sur un réseau de 2500 guichets postaux, qui reste l'un des

plus denses du monde. La Poste mène cependant des réflexions, pour le long terme, sur l'accès aux services postaux. Rien n'est décidé. Nous réfléchissons, en dialogue avec les milieux concernés, à des pistes éventuelles, comme davantage d'agences (par exemple dans des magasins). A contrario, des chefs d'offices de poste pourraient souhaiter se muer en entrepre-

neurs et adjoindre d'autres activités à celles de la Poste. L'introduction d'automates pour le dépôt de lettres et de colis dans les villes, accessibles 24 heures sur 24, pourrait également constituer une solution. Quoi qu'il en soit, rien ne sera décidé avant 2006 et la direction de la Poste a fait la garantie de maintenir 2500 points d'accès au service postal, soit le nombre actuel. - (PB)

## La Suède, l'exemple à suivre

L'Union européenne offre un visage contrasté de la libéralisation du marché postal. Malgré les directives de Bruxelles, certains pays libéralisent de manières très différenciées. Ainsi, selon l'indice de l'institut Fraunhofer, quatre pays sont encore plus en retard que la Suisse: la Belgique, la Grèce, l'Italie et le Portugal. D'autres, en revanche, sont en avance sur le calendrier européen: la Finlande, la Grande-Bretagne et la Suède. Ce dernier pays constitue l'exemple à suivre: non seulement il a libéralisé le marché postal avec succès, mais il finance le service universel sans subventions étatiques ni redevances de concession.

Sweden Post est certes contrainte par la loi de desservir les régions

les plus reculées du pays à un tarif uniforme. Mais en facilitant l'accès aux services postaux par des messagers mobiles, elle s'assure le soutien des clients privés, tout en maintenant son attractivité pour les entreprises grâce à une palette globale de services.

L'expérience suédoise suggère que l'ouverture du marché suisse peut être réalisée dans les mêmes conditions, d'autant plus que la topographie suisse est plus avantageuse que celle de la Suède. Des travaux de l'Université de Saint-Gall indiquent que la Poste peut atteindre de chaque localité en Suisse davantage de consommateurs qu'en Suède avec des structures semblables. Cette situation semble contredire les réserves émises pour libéraliser le marché postal en Suisse. - (PB)

03.026

03.026

Postdienste für alle. Volksinitiative (KVF)  
Services postaux pour tous. Initiative populaire (CTT)

NR/CN 17./18.12.2003

Aargauer Zeitung, 19.12.2003

# Die Postfiliale als Reduit für Linke

**Volksinitiative** Nationalrat sagt Nein zu «Postdienste für alle» – Forderungen fast erfüllt

*Weil die Forderungen weitgehend schon erfüllt seien, empfiehlt der Nationalrat die Initiative «Postdienste für alle» zur Ablehnung. Nur SP und Grüne fanden unterstützende Worte.*

MARTIN FURRER

Die Volksinitiative «Postdienste für alle» der Gewerkschaft Kommunikation soll vom Volk abgelehnt werden. So will es der Bundesrat, und so empfiehlt es jetzt auch der Nationalrat mit 97 zu 85 Stimmen. Als Erstrat hat er intensiv über das von Konsumentenschutzkreisen unterstützte Begehren geführt. Dieses verlangt vom Staat eine garantierte Grundversorgung mit Postdiensten, den Einbezug der Gemeinden bei der Ausgestaltung des Filialnetzes und die Subventionierung ungedeckter Kosten für die Grundversorgung.

Zuvor lieferte sich der Rat heftige Wortgefechte: Auf der einen Seite Sozialdemokraten und Grüne, welche die Postfilialen wie ein Reduit gegen die «Marktideologie» (Jacqueline Fehr, SP/ZH) verteidigten. Auf der anderen Seite die Bürgerlichen, welche dem Wettbewerb das Wort redeten. Diesem müsse sich die Post aufgrund der Liberalisierung in der EU stellen, um überleben zu können. Dieser Wettbewerb wird hierzulande aber nicht zügellos.

## Zwanzig Minuten zur nächsten Filiale

Denn kürzlich hat der Bundesrat das revidierte Postgesetz inklusive Verordnung verabschiedet und per 1. Januar 2004 in Kraft gesetzt. Demnach muss die Post auch künftig die postalische Grundversorgung in guter Qualität und zu erschwinglichen Preisen anbieten. Dazu wird sie – analog zur Postdienst-Initiative – verpflichtet, ein «flächendeckendes Poststellennetz» anzubieten. Dieses ist so zu gestalten, dass alle Kunden eine Filiale in «angemessener

Distanz» erreichen können. Als zumutbar gilt in den Augen des Bundesrates eine Strecke von 2,5 Kilometern, die

mit öffentlichen Verkehrsmitteln in maximal zwanzig Minuten zurückzulegen ist. Soll eine Filiale geschlossen werden,

ist die betroffene Gemeinde zuvor anzuhören. Kommt keine Einigung zustande, darf eine vom Verkehrs- und Kommunikationsdepartement (Uvek) eingesetzte Kommission intervenieren. Einziger Unterschied zum Volksbegehren: Finanzielle Abgeltungen durch den Bund sind nicht vorgesehen.

## Postchef Gygi ist gegen die Initiative

Uvek-Vorsteher Moritz Leuenberger betonte denn auch, die Initiative sei «im Wesentlichen erfüllt». Duri Bezzola (FDP/GR) zitierte SP-Postdirektor Ulrich Gygi. Dieser habe der vorberatenden Kommission erklärt: «Die Post ist wirtschaftlich stark in die EU integriert und kann nicht völlig andere Regeln pflegen als dieser Wirtschaftsraum. Wettbewerb schafft den Druck, besser zu sein, und macht innovativ. Das tut auch der Post gut. Daher muss ich gegen bestimmte Tendenzen in der Volksinitiative antreten.»

Ähnlich argumentierten die Bürgerlichen. Simon Schenk (SVP/BE) erklärte: «Man kann die Post nicht in den freien Markt entlassen und ihr gleichzeitig Auflagen mitgeben.» Punkto Filialdichte sei die Schweiz «zusammen mit Irland noch immer europäische Spitze». Rudolf Steiner (FDP/SO) meinte, dieses Netz sei «auf die Dauer leider nicht mehr finanzierbar». Peter Weigelt (FDP/SG) argumentierte: «Ich gehe mit den Initianten einig: Die Schweiz muss auch in Zukunft ein A-Post-Land bleiben. Doch wie diese Zielsetzung erreicht werden soll, darf nicht Sache der Politik sein und erst recht nicht der Verfassung. Verantwortlich sind allein die Organe der Post.»

## Initiative wird nicht zurückgezogen

Die Linke wehrte sich heftig. Andrea Hämmerle (SP/GR) gab mit Blick auf die SVP zu bedenken, Subventionen würden als nicht mehr zeitgemäss kritisiert, doch die Landwirtschaft profitiere ebenfalls davon. Hans Widmer (SP/LU) erinnerte daran, dass die Post von den Freisinnigen nicht zuletzt zur

«Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls» gegründet worden sei. Doch hätten die Bürgerlichen «offenbar das Gedächtnis für die zusammenhaltstiftenden Institutionen verloren». Pia Hollenstein (Grüne/SG) warb für die Initiative, weil mit der beschlossenen Liberalisierung der Monopoldienste der Post die finanzielle Basis entzogen werde. Urs Hofmann (SP/AG) warnte vor einer «virtuellen Post mit einigen Centers und ein paar Kiosken in der Fläche». Und Vreni Hubmann (SP/ZH) meinte: «Mit der Schliessung einer Poststelle nehmen Sie vielen Betroffenen auch ein Stück Heimat.»

In der Gesamtabstimmung votierten SP und Grüne geschlossen für die Initiative. SVP, FDP und CVP stimmten mit Ausnahme einiger Randregionen-Vertreter merheitlich dagegen. Christian Levrat (SP/FR) als Initiant erklärte nach der Debatte, angesichts neuer Abbaupläne der Post werde die Initiative nicht zurückgezogen. Angesichts der knappen Entscheidung seien ihre Chancen in der Abstimmung «nicht schlecht».

03.026

03.026

Tages-Anzeiger, 19.12.2003

KOMMENTAR

## Lieber eine Postbank

Von Annetta Bundi

**D**ie Post ist in einer äusserst schwierigen Situation. Sie muss heute die unterschiedlichsten Erwartungen erfüllen. Die Kundschaft will Briefe und Pakete zu günstigen Preisen verschicken können. Und sie pocht auf ein qualitativ hoch stehendes Angebot, in jedem Dorf, in jedem Quartier. Gleichzeitig verlangt die Politik vom 1998 verselbstständigten Unternehmen, eigenwirtschaftlich zu arbeiten – ein unmöglicher Spagat.

Um die finanziellen Vorgaben zu erfüllen, sieht sich die Post gezwungen, Hunderte von Postbüros zu schliessen. Das will die vom Nationalrat abgelehnte Initiative «Postdienste für alle» verhindern. Dabei setzt die Linke auf ein in sich stimmiges Konzept. Mit der Forderung nach einem flächendeckenden Poststellennetz macht sie dem Unternehmen zwar neue Auflagen, sagt aber auch klipp und klar, wie die teure Infrastruktur finanziert werden soll: Für die ungedeckten Kosten der Grundversorgung muss nach Ansicht der Initianten künftig der Bund aufkommen.

Doch diese Lösung ist zu teuer. Denn das Poststellendefizit wird in den nächsten Jahren trotz des angepeilten Abbaus auf über 600 Millionen Franken anwachsen. Gegen die Initiative sprechen aber nicht nur

finanzielle, sondern auch politische und wirtschaftliche Gründe. Schliesslich ist die alte PTT Ende der Neunzigerjahre nicht zum Selbstzweck in Post und Swisscom aufgeteilt worden. Ziel der Verselbstständigung war vielmehr, die beiden Betriebe verstärkt dem Wettbewerb auszusetzen.

Für diesen Weg hat sich auch die EU entschieden. Wenn sich die Schweiz den Beitritt zumindest als Option offen halten möchte, darf sie ihren Postmarkt nicht abschotten. Allerdings muss die Politik für einen fairen Wettbewerb sorgen und regulierend eingreifen, wenn die private Post-Konkurrenz ihren Angestellten Dumpinglöhne bezahlt und so den Wettbewerb verfälscht. Darüber hinaus gilt es, der Post rasch neue, Gewinn bringende Geschäfte zu ermöglichen – zum Beispiel durch die Gründung einer Postbank: Mit den Erträgen aus dieser Tätigkeit könnten die ungedeckten Kosten der Grundversorgung bezahlt werden.

*Argauer Zeitung, 19. 12. 03*

**KOMMENTAR**

## Unnötiger Heimatschutz

MARTIN FURRER

**D**ie Volksinitiative «Postdienste für alle» sollen wir an der Urne also ablehnen. Das zumindest empfehlen uns Bundesrat und Nationalrat – der Ständerat wird sich nächstes Jahr dazu äussern. Nur knapp konnten im Nationalrat die Gegner des Begehrens eine Mehrheit hinter sich scharen. Das hat mit den

neuen Verhältnissen im Parlament zu tun: Bürgerliche Liberalisierer und linke Bewahrer halten sich praktisch die Waage. Die Wahrheit aber ist nicht schwarz oder weiss. Sie liegt oft in der Mitte. Das Nein zur Initiative, die allzu lapidar nach Subventionen zum Ausgleich für Marktrisiken ruft, darf man als Ja zum gesetzgeberischen Mittelweg des Bundesrates interpretieren. Dieser setzt der Post in einem neuen Gesetz, das in zwei Wochen in Kraft gesetzt wird, zwar gewisse Rahmenbedingungen. Diese sind aber so formuliert, dass das Unternehmen ein Minimum an Flexibilität bewahren kann. Es braucht sie, um im schärfer werdenden Konkurrenzkampf langfristig überleben zu können.

Die reine Lehre der Liberalisierer ist ebenso abzulehnen wie der falsch verstandene Heimatschutz der Sozialdemokraten und Grünen. Diese stilisieren jede noch so unrentable Poststelle im hintersten Winkel des Landes zum Reduit gegen angeblich überbordende Regulierer empor. Wenn der nationale Zusammenhalt von der Dichte des Postfilialnetzes abhängt, steht es schlecht um diesen Zusammenhalt.

Die Post braucht Spielregeln, aber keine solche Initiative.

03.026

03.026

Le Temps, 19.12.2003

**NOUVEAU PARLEMENT** • Les premiers votes significatifs du nouveau Conseil national montrent que, sur certains sujets tels que le service postal ou le pacs, les partis ne votent pas de manière unanime

## Service public et valeurs sociales créent des scissions dans les partis de la majorité

Bernard Wuthrich, Berne

Les premiers votes significatifs du nouveau Conseil national montrent que, sur certains dossiers tels que le service public ou des thèmes de société, les partis ne votent pas de manière compacte et homogène. L'initiative populaire «Services postaux pour tous», rejetée jeudi à une très courte majorité de 98 voix contre 85, témoigne de l'appréciation différente que l'on fait du service public si l'on provient d'une région périphérique. Lancée par le Syndicat de la communication et très activement défendue par son président, le conseiller national Christian Levrat (PS/FR), cette initiative revendique «un réseau d'offices de poste qui couvre l'ensemble du pays», demande que les communes soient consultées avant toute décision de fermeture ou de transformation et invite la Confédération à indemniser La Poste pour ses prestations de service universel. Le Conseil fédéral la rejette et, en guise de contre-projet indirect, a décidé d'inscrire dans la législation sur La Poste l'obligation d'offrir à la population un office de poste «à une distance raisonnable». Cette nouvelle disposition entre en vigueur le 1er janvier. Le gouvernement refuse en revanche de subventionner La Poste tant que d'autres solutions existent. C'est la seule différence substantielle entre les deux propositions.

Pour des questions de principe, la gauche a unanimement apporté son soutien à l'initiative jeudi. Elle a pu compter sur l'appui d'une quinzaine de députés démocrates-chrétiens, radicaux et UDC. La plupart de ces révoltés du service public viennent des régions péri-

phériques, principalement des cantons des Grisons et du Valais. Soutiennent aussi l'initiative l'UDC neuchâtelois Yvan Perrin, les démocrates-chrétiens Pierre Kohler (JU) et Thérèse Meyer (FR), les radicaux René Vaudroz (VD) et John Dupraz (GE). «Lorsque nous avons voté la nouvelle loi sur La Poste, nous n'avons pas dit oui à la fermeture de 1000

bureaux. J'estime avoir été trompé», s'est écrié ce dernier.

La sensibilité des représentants des régions périphériques s'est vérifiée lorsque le Conseil national a traité, dans la foulée de l'initiative populaire, d'autres propositions touchant au même sujet. Une initiative cantonale tessinoise demandant le retrait du projet de restructuration des centres de tri de La Poste n'a été rejetée que par 84 voix contre 82. Une initiative parlementaire du groupe démocrate-chrétien a, elle, été acceptée par 89 voix contre 78. Elle veut obliger La Poste à tenir compte des régions dans son organisation. Quant à Andrea Hämmerle (PS/GR), il n'a échoué que d'un fil dans sa tentative d'obliger La Poste à proposer des emplois et des places d'apprentissage dans

tout le pays. Son initiative parlementaire a été rejetée par 90 voix contre 86. Ces différents votes montrent que, dans le nouveau parlement également, les questions liées au service public ne se résumeront pas à un affrontement gauche-droite.

Les thèmes de société semblent procéder du même réflexe. Adopté au tout début de la session par le Conseil national, le partenariat enregistré entre personnes de même sexe a lui aussi provoqué des césures à l'intérieur des partis. Le PDC est carrément divisé en deux camps de force égale, puisque 15 de ses membres ont soutenu le projet alors que 11 autres l'ont rejeté. Le camp rose-vert et, à deux voix près, le PRD ont apporté un appui unanime au PACS fédéral. L'UDC s'y est en

### La plupart des révoltés du service public viennent des régions périphériques

revanche opposée, à l'exception de huit de ses représentants, parmi lesquels les habituels «dissidents» bernois et grisons, ainsi que le Neuchâtelois Yvan Perrin et les Vaudois Guy Parmelin et Pierre-François Veillon.

La révision de la loi sur l'assurance maladie, qui est passée à la trappe mercredi, a elle aussi vu émerger des points de vue divergents dans les partis de la majorité. Si la gauche a été unanime à la rejeter, si le PDC a été unanime à s'abstenir, le PRD et l'UDC ont tenté de sauver la réforme proposée. Néanmoins, une dizaine d'élus de ces deux partis l'ont boudée. Mais la raison est ici d'un type particulier, puisque ceux qui ont dit non semblent avoir été sensibles aux arguments avancés par les médecins. On trouve parmi eux trois radicaux vaudois: Yves Guisan, Charles Favre et René Vaudroz. Ce vote est cependant trop particulier pour qu'il puisse être interprété comme le révélateur de divergences internes aux partis. ■

03.026

03.026

24 heures, 19.12.2003

## Editorial

# Remettre La Poste à sa place

**L**es partisans de la libéralisation des services publics ont quelques soucis à se faire. Depuis le 22 septembre 2002, jour du rejet de la loi sur le marché de l'électricité, ils savent que la population ne les croit plus sur parole. Mais hier, c'est le Conseil national qui a marqué une distance, en votant deux initiatives qui rappellent à La Poste qu'il existe des régions qui ont besoin d'emplois. La politique ne croit plus aveuglément dans la loi de la concurrence, qui oblige à diminuer les coûts. Diminuer les coûts toujours plus — on s'en rend compte aujourd'hui — c'est vider des vallées. En s'abandonnant à cette logique, c'est la multiplicité du pays qu'on abandonne.

Le Conseil national aurait pu faire un pas de plus, au profit, cette fois, des consommateurs en général, dans les villes et les régions. Il n'a pas pu s'y résoudre. Ce qui l'a arrêté, c'est l'idée que le déficit du service universel soit à la charge de la Confédération. Il y a vu un oreiller de paresse, l'ouverture d'un gouffre à millions. Insupportable perspective six ans seulement après la mise en place d'une nouvelle poste censée se débrouiller toute seule et ne pas causer de soucis à une caisse fédérale qui a tant à souffrir des trous qui s'ouvrent partout.

Le peuple devra trancher. Refuser d'inscrire dans la Constitution la prise en charge des déficits du service universel par la Confédération, ce n'est pas la seule manière d'obliger La Poste à travailler rationnellement. Les CFF, que l'on sache, savent couper les branches gourmandes. Refuser ce principe, en revanche, c'est fouetter La Poste en lui hurlant que son seul salut est dans les réductions de coûts, quitte à ce que le service public s'étiolle. Déjà, elle a pris quelques options sérieuses dans ce sens, avec des réactions populaires qu'on ne peut que saluer, pour la plupart.

Seule l'acceptation de l'initiative remettra le service public au milieu du village. C'est ce qui lui donne tant de chances.

Denis Barrelet

Le Journal du Jour, 19.12.03

| EN DIRECT DU PALAIS |

## Du palefrenier aux e-mails

RAYMOND GREMAUD  
Comme le Conseil fédéral, le Conseil national rejette l'initiative «Services postaux pour tous». Tous les élus du peuple affirment cependant tenir à un réseau postal aussi performant que celui qui a prévalu au siècle dernier. Problème, lorsque gauche et Verts pensent réseau postal, ils pensent au «bon vieux temps des PTT», comme Andrea Hämmerle (PS/GR)-ou «grand-mère» comme Christian Levrat (PS/FR). Et ils soutiennent l'initiative censée conserver un maximum d'acquis. Lorsque le camp qui l'a emporté pense Poste, il tourne moins son regard vers le passé que vers l'avenir. Il constate le recul du trafic des colis et des lettres, et il admet avec La Poste que cette tendance va se poursuivre. Il réagit de façon que La Poste ne meure pas lentement sous ces régressions, mais relève de nouveaux défis pour assurer de manière compétitive des services adaptés aux besoins du 21<sup>e</sup> siècle. Il faut en prendre conscience, c'est d'une mutation digne du passage de la diligence au cheval vapeur qu'il s'agit. La Poste a perdu

19 millions d'envois de colis en trois ans. Elle prévoit une chute de 21 millions de colis en 2002 à 15 millions en 2008. Pour les lettres, les envois devraient passer d'un milliard six cent millions en 2002 à un milliard seulement en 2008. C'est que les e-mails prennent la relève des lettres et qu'il s'envoie des SMS par milliards. Sages, les PTT de jadis n'ont pas conservé leurs palefreniers au nom de l'emploi. Ils ont engagé des mécaniciens pour les chevaux vapeurs et développé un réseau qui fait la fierté du pays. A notre génération d'assumer un même effort! Donner une chance à La Poste, ce n'est pas pétrifier son réseau et lui assurer de lénifiantes indemnités comme le propose l'initiative. Des décennies durant, les socialistes n'ont juré que par le modèle suédois. Ils seraient avisés de s'en inspirer aujourd'hui. En effet, pays le plus ouvert de l'UE, la Suède garantit un service public sans percevoir ni redevances ni aides publiques. Ce dynamisme lui profite si bien que les emplois postaux sont en augmentation. Un vrai modèle!

03.026

03.026

Le Quotidien Jurassien, 19.12.2003



COMMENTAIRE  
Georges Maillard

LA POSTE

## Le service postal n'a pas fini d'évoluer

L'initiative «Services postaux pour tous» a été rejetée hier au Conseil national. Elle a toutefois enregistré un score honorable -- avec 97 opposants contre 85 partisans. Un résultat qui traduit le malaise perceptible actuellement face à l'évolution de La Poste.

Qu'il faille adapter le service postal aux conditions d'aujourd'hui n'est guère contestable. Mais l'adaptation en question pose des questions fondamentales. En premier lieu, elle tend à favoriser les agglomérations au détriment de la campagne. Le démantèlement des bureaux de poste dans les petites localités aboutit à défavoriser les régions périphériques: ce fait est incontestable même si La Poste propose des solutions nouvelles («Poste à porte»). Et c'est bien cela qui est la cause principale du malaise et qui a conduit au lancement de l'initiative «Services postaux pour tous».

Mais la pression pour le maintien d'un vaste réseau postal n'a pas été inutile, il faut le dire. La loi sur La Poste a tenu compte de cette problématique et La Poste devra garantir des prestations minimales. Ce qui lui fait

problème d'ailleurs, sa direction ne s'en cache pas. Cette semaine, de nouvelles pertes d'emplois ont été annoncées, en raison notamment de la baisse du courrier distribué.

Et cette évolution va se poursuivre, notamment du fait de l'accroissement du courrier électronique, avantageux et instantané. Au

point qu'on peut se demander s'il était fondé de séparer les activités de télécommunications du service postal traditionnel. Le courrier électronique ne remplace-t-il pas le courrier traditionnel? N'aurait-il pas été sensé que La Poste puisse occuper ce créneau avec tout ce qu'il y a derrière? Avec des bénéfices à la clé qui auraient permis de maintenir un réseau postal d'une certaine densité. Au lieu de cela, le choix qui a été opéré -- la séparation de La Poste et des télécommunications -- conduit à un démantèlement dont on ne voit pas le bout: le courrier électronique est promis à un avenir énorme, au détriment du courrier traditionnel, et les facteurs n'ont pas fini d'en payer le prix.

La situation actuelle est porteuse encore d'une grosse ambiguïté, également source de malaise. Pour une part de ses activités, La Poste conserve un monopole qui lui permet de supprimer certains bureaux sans gros dommage: aucun concurrent n'est susceptible de prendre la place. La situation est paradoxale: davantage de concurrence lui prendrait des parts de marché mais cela pourrait aussi l'inciter à maintenir certains services pour conserver la clientèle. La recette idéale est difficile à établir. Elle n'a pas fini d'évoluer, de sorte que les employés de La Poste aussi bien que ses usagers n'ont pas fini d'être ballottés. Quelle que soit la loi en vigueur.

03.026

03.026

Corriere del Ticino, 19.12.2003

IL CONSIGLIO NAZIONALE SI È DIVISO, CON SOLO LO SCHIERAMENTO ROSSOVERDE FAVOREVOLE

# Bocciata l'iniziativa postale

## No alla proposta ticinese di ritirare il progetto REMA

**BERNA** Il Consiglio nazionale non vuole ancorare nella Costituzione la nozione di servizio universale della posta. Una maggioranza borghese ha espresso fiducia alla Posta per quanto riguarda la sua capacità di rispondere alle esigenze dell'utenza in un contesto di libero mercato.

Nonostante il sostegno dello schieramento rosso-verde e di qualche deputato borghese, la Camera del popolo ha respinto con 97 voti contro 85 e 4 astenuti l'iniziativa popolare «Servizi postali per tutti», lanciata dai sindacati e dai consumatori. La maggioranza è del parere che la parte preponderante delle esigenze del testo dell'iniziativa siano adempiute nella legislazione che entrerà in vigore il 1° gennaio prossimo.

La sinistra ritiene invece che la legge non garantisca a sufficienza il servizio pubblico e universale e che non offra i mezzi necessari alla Posta, in particolare finanziari, per rispondere a quest'esigenza. Ne è la prova lo smantellamento promosso dall'ex

■ La maggioranza è del parere che la parte preponderante delle richieste dell'iniziativa siano già nella legge

Regia. «Se lo avessimo saputo, la legge non sarebbe mai stata votata nel 1999», ha detto Daniel Vischer (Verdi/ZH).

John Dupraz (PLR/GE) si è addirittura sentito ingannato: «Non abbiamo mai votato una legge che prevede la chiusura

di 1.000 uffici postali», ha esclamato. «Proprio perché il Parlamento si è sbagliato adottando una legge che privilegia la politica di liberalizzazione – ha aggiunto inutilmente Paul Rechsteiner (PS/SG) – si deve ora correggere il tiro».

Sul fronte opposto, Pierre Triponez (PLR/BE) ha detto che non ci si deve lasciare ingannare dal titolo «allettante» dell'iniziativa. Essa è pericolosa perché limita il margine di manovra della Posta in una situazione di concorrenzialità. Il «gigante giallo» – ha aggiunto – ha bisogno di fiducia, non di imperativi supplementari.

L'iniziativa propone di dare alla Confederazione, e non soltanto alla Posta, la responsabilità di garantire la copertura del servizio pubblico. Il consigliere federale Moritz Leuenberger si è detto pronto a sottoporre un progetto di finanziamento del servizio pubblico se quest'ultimo fosse minacciato. Si tratta – ha aggiunto – di una possibilità già menzionata nell'ordinanza, ma il parlamento dovrà ancora accettarla.

Il Consiglio nazionale ha successivamente respinto, con 84 voti a 82, l'iniziativa cantonale con cui il Ticino chiedeva che la Posta sospendesse e ritirasse il progetto di riduzione dei centri di smistamento postale (REMA) e tenesse conto degli interessi regionali periferici in materia di posti di lavoro. In sede di commissione l'iniziativa cantonale ticinese era stata accolta di misura, grazie al voto del presidente.

Chiara Simoneschi (PPD/TI) ha

ricordato che la Posta, senza consultare nessuno, ha preso una decisione brutale: ridurre da 18 a 3 i centri di smistamento, con una perdita di 3.000 posti di lavoro in tutto il paese. Questo provvedimento – ha sottolineato la deputata ticinese – colpisce soprattutto le regioni periferiche, dove la maggioranza degli impieghi è occupata da donne.

Difendendo anche un'iniziativa parlamentare del PPD, Chiara Simoneschi ha chiesto alla Posta di tener conto delle esigenze delle varie regioni del paese, delle loro necessità e attese. L'iniziativa del gruppo PPD è quindi stata accolta con 89 voti contro 78. Essa vuole appunto costringere, nella legge sulla posta, a tener conto delle esigenze regionali.

Il Nazionale ha anche respinto tacitamente un'iniziativa cantonale vallesana. Il testo voleva

mantenere le piccole entità regionali della Posta e chiedeva misure di compensazione per le perdite di posti di lavoro nelle regioni periferiche e di montagna più colpite dalla ristrutturazione. (Ats)

03.026

03.026

Postdienste für alle. Volksinitiative (KVF) Services postaux pour tous. Initiative populaire (CTT)
-------------------------------------------------------------------------------------------------------

SR/CE 08.03.2004

Basler Zeitung, 09.03.2004

## Wenig Begeisterung für die Post-Initiative

Der Ständerat nahm die Initiative «Postdienste für alle» zum Anlass für eine Debatte über den Service public. Am Ende war er aber noch deutlicher als der Nationalrat der Ansicht, die Ziele der Initiative seien erfüllt. Doch das letzte Wort haben die Stimmbürger.

**Bern.** SDA. Der Ständerat hat sich am Montag mit 25 zu 13 Stimmen gegen die Volksinitiative «Postdienste für alle» ausgesprochen. Wie zuvor der Bundesrat und die Grosse Kammer vertrat auch er die Ansicht, die Anliegen der Initiative seien weitgehend erfüllt.

Die Initiative der Gewerkschaft Kommunikation verlangt, dass der Bund ein flächendeckendes Poststellennetz garantiert und die ungedeckten Kosten der Grundversorgung mit Postdiensten übernimmt. Zudem sollen die Gemeinden vor der Aufhebung einer Dorf- oder Quartierpost konsultiert werden.

### Service public garantieren

Der Ständerat folgte jedoch der Argumentation der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF). Mit Ausnahme der finanziellen Abgeltung seien alle Anliegen der Initiative nach der Revision des Postgesetzes und der Postverordnung erfüllt, sagte KVF-Sprecher Rolf Escher (CVP, SO).

In der ausführlichen Debatte über den Service public der Post sekundierten auch einige bürgerliche Ständeräte die Linke. Je mehr der Postmarkt geöffnet werde, desto mehr sei auch die Grundversorgung gefährdet, sagte Ernst Leuenberger (SP, SO) seitens der Kommissionsminderheit. Der Bund müsse sich deshalb – auch mit dem Portemonnaie – zum Garanten des Service public machen. Der Souverän kenne die Risiken einer Liberalisierung, und diese seien nicht klein, sagte Simon Epiney (CVP, VS). Deshalb wolle die

Volksinitiative die anstehenden Reformen im Postbereich begleiten. Michel Béguelin (SP, VD) und Simonetta Sommaruga (SP, BE) kritisierten, die Post konsultiere bei der Schliessung von Ämtern die Gemein-

den zu wenig. Auch Epineys Bündner Parteikollege Theo Maissen zeigte Verständnis für die Initiative, enthielt sich aber der Stimme. Er sei mit dem Volksbegehren nicht glücklich, weil es grösstenteils erfüllt sei, sagte er. Vom Bundesrat erwarte er aber, dass er die offene Frage der Finanzierung der Grundversorgung nächstens an die Hand nehme.

### «Auf hohem Niveau»

Das «Hohelied des freien Marktes» wollte Maissen im Gegensatz zu anderen bürgerlichen Ständeräten aber nicht anstimmen. Die Post müsse unter dem Druck des Marktes als Service au public funktionieren, hatte Thomas Pfisterer (FDP, AG) betont. Eine Abgeltung der Grundversorgung sei zumindest vorderhand nicht nötig.

This Jenny (SVP, GL) kritisierte, dass im Zusammenhang mit der Post «auf hohem Niveau gejammert» werde. Die Post habe zum heutigen Zeitpunkt kein Problem, und die Grundversorgung sei auf Dauer garantiert. Rolf Bütiker (FDP, SO) warf den Initianten «Poststellen-Heimatschutz» vor. Zudem spreche der Spardruck dagegen, dass sich der Bund bei der Grundversorgung finanziell beteilige.

### Abgeltung versus Spardruck

Derart marktorientiert argumentierte Postminister Moritz Leuenberger nicht. Er erinnerte aber daran, dass der Bundesrat sich verpflichtet habe, eine Abgeltungsvorlage auszuarbeiten, falls die Kosten der Grundversorgung nicht gedeckt seien. Dies bedeute indes nicht, dass der Bundesrat ohne Wenn und Aber Ja zu einer solchen Vorlage sage, ergänzte Leuenberger. Unklar sei auch, wie das Parlament ein solches Geschäft beurteilen werde.

03.026

03.026

L'Express, 09.03.2004

## Les sénateurs lâchent La Poste

### Conseil des Etats ■ *L'initiative populaire* *«Services postaux pour tous» est rejetée*

De Berne

Christiane Imsand

L'initiative populaire «Services postaux pour tous» sera soumise au peuple avec un mot d'ordre négatif du Parlement. Le Conseil des Etats a rejeté hier par 25 voix contre 13 le nouvel article constitutionnel qui contraint la Confédération non seulement à garantir, mais surtout à financer le service postal universel. Le vote est plus net qu'au Conseil national, où l'initiative lancée par les syndicats et les organisations de consommateurs avait été repoussée par 97 voix contre 85. Une différence qui illustre la faiblesse de la représentation de la gauche dans la Chambre des cantons.

#### Nouvelle réglementation

Pour le président de la commission des transports et des télécommunications Rolf Escher (PDC/VS), l'initiative a perdu sa raison d'être depuis l'entrée en vigueur de la révision de la loi et de l'ordonnance sur La Poste, le 1er janvier 2004. En vertu de la nouvelle réglementation, La Poste doit proposer dans chaque région au moins un bureau offrant toutes les



Le centre de tri de Müllingen, à Zurich. PHOTO KEYSTONE

prestations du service universel. Elle doit aussi consulter les communes concernées avant toute décision de fermeture. Ces deux points correspondent aux exigences de l'initiative, mais il subsiste une divergence majeure sur le financement, reconnaît Rolf Escher. Avec la loi, La Poste doit assurer la couverture du service universel avec ses seules ressources alors que les initiants ouvrent la porte à des contributions de la Confédération.

Pour le syndicaliste Ernst

Leuenberger (PS/SO), partisan de l'initiative, il en va de la survie du service public à long terme. Il a appelé les représentants des régions périphériques à se montrer particulièrement vigilants à cet égard. L'appel a été entendu par le Valaisan Simon Epiney (PDC). Selon ce dernier, l'initiative permettrait d'accompagner les réformes en cours sans semer la panique. «Le peuple a besoin d'être rassuré, souligne-t-il. Il sait qu'on peut difficilement concilier service public et rentabilité». Le Fribourgeois Alain Berset (PS) renchérit: «C'est justement parce que le service universel est difficile à définir qu'il faut un financement qui le distingue du reste».

Ce point de vue est cependant resté marginal en dehors de la gauche. «J'habite une commune de 98 habitants. Le bureau de poste a disparu, mais le service à domicile est excellent», assure le radical tessinois Dick Marty. Moritz Leuenberger a emporté définitivement la donne en rappelant que le Conseil fédéral s'était engagé à indemniser les coûts du service universel s'il s'avérait que La Poste n'était plus en mesure de les couvrir après la libéralisation du marché postal. /CIM-Le Nouvelliste

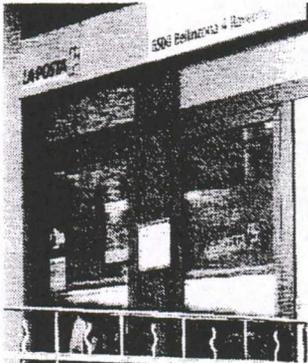
03.026

03.026

La Regione, 09.03.2004

**Posta**

*Anche gli Stati  
bocciano l'iniziativa  
'Servizi per tutti'*



Berna - Dopo il Nazionale, anche il Consiglio degli Stati, con 25 voti contro 13, ha bocciato l'iniziativa popolare 'Servizi postali per tutti'. Per la maggioranza borghese, la modifica della legge sulla posta, votata lo scorso anno, e la revisione della relativa ordinanza prendono già ampiamente in considerazione le rivendicazioni dell'iniziativa.

A nulla sono valse le dichiarazioni dei senatori del Partito socialista e di alcuni deputati del Partito democratico cristiano, tra cui il ticinese Filippo Lombardi. «Cosa vuole la gente?», si è chiesto il 'senatore' ticinese, che ha inequivocabilmente risposto: «in ogni caso non vuole il calo delle prestazioni della Posta». Pur ammettendo che l'iniziativa non costituisce una soluzione

ideale, ha chiesto un segnale a favore delle regioni periferiche. L'altro rappresentante ticinese, il radicale Dick Marty, ha voluto gettare acqua sul fuoco delle critiche all'ex regia sottolineando la qualità del servizio, soprattutto nelle regioni periferiche, come a Fescoggia, dove Marty risiede.

Lo scorso 18 dicembre il Consiglio nazionale aveva già respinto il testo. L'iniziativa popolare chiedeva la copertura, da parte del servizio postale, di tutte le regioni del Paese. I comuni avrebbero dovuto essere associati ai piani della Posta in merito alla sua rete di uffici. I maggiori costi provocati dal rispetto di queste regole, valutati dalla Posta a 500 milioni di franchi, sarebbero stati coperti dalla Confederazione. **ATS**